

Grossbritannien: Jüdisch-orthodoxe Schule lehrt Homophobie

Das britische Bildungsministerium hat eine jüdisch-orthodoxe Schule verwarnt und ihr noch zwei Wochen Zeit eingeräumt, um den LGBTI+ inklusiven Schulunterricht ebenfalls einzuführen. Lässt die Schule die gesetzte Frist ungenutzt verstreichen, dann droht die Schliessung der Einrichtung.

Seit September sind die Schulen in Grossbritannien verpflichtet, den sogenannten Equality Act umzusetzen. Dieser schreibt vor, dass unter anderem der Respekt gewissen Minderheiten gegenüber, darunter die LGBTI+ Community, unterrichtet werden muss. So soll etwa auch der Aufklärungsunterricht inklusiv sein.

Gewisse Schulen, besonders die stark religiös geprägten, halten sich aber teilweise nicht daran, so etwa auch die Mechinoh Schule in Salford, Manchester, eine kleine, unabhängige Jungenschule, welche sich stark am jüdisch-orthodoxen Glauben orientiert. Nach einer Inspektion wurde die Schule erstmals im Januar verwarnt, da sie die Ziele des Equality Acts nicht erreicht hatte.



Wie es im Bericht heisst, sei eine Schwäche in der Entwicklung der Schüler festgestellt worden, und zwar in spiritueller, kultureller, moralischer und sozialer Hinsicht. So würde ihnen auch von den Leitern der Schule kein Respekt gegenüber den im Equality Act aufgeführten Minderheiten beigebracht. Zudem wehre man sich resolut dagegen. Wie die Inspektoren weiter erklären, seien sie von Eltern auch daran gehindert worden, mit den Schülern über deren Verständnis für andere Kulturen und Glaubensrichtungen zu sprechen.

Daraus resultierend setzten die Schulinspektoren der Mechinoh Schule nun eine Frist: Die Schulverantwortlichen haben zwei Wochen Zeit, einen aussagekräftigen Massnahmenplan auszuarbeiten, um die Ziele doch zu erreichen. Sollte die Schule im gesetzten Zeitfenster nicht in der Lage sein, einen griffigen Massnahmenkatalog vorzustellen, oder sollten die minimalen Standards bei der nächsten Kontrolle noch immer nicht erreicht werden, dann drohe die Schule aus dem Register für unabhängige Schulen gestrichen zu werden. Wäre dies der Fall, dann sei es illegal, wenn die Schule trotzdem weiter betrieben werde. In diesem Fall könnte man den Inhaber verklagen.

Der Vorsteher der Mechinoh Schule, Rabbi Eliyohu Rubinstein, beschwerte sich bereits bei den Behörden wegen diesem Vorgehen und er erklärte, dass die Schule nicht der Ort sei, um solch intime Themen wie die sexuelle Orientierung, Beziehungen oder Geschlechtsanpassungen zu behandeln. Dies solle weiterhin den Eltern vorbehalten bleiben, so Rubinstein weiter. Die Fortschritte, welche die jüdischen Schulen bereits erreicht hätten, seien zudem ungerechtfertigter Weise nicht gewürdigt worden, und die schlechte Bewertung rühre einzig daher, dass man sich weigere, den Equality Act zu akzeptieren.